

existieren elf Atomkraftwerke, die bereits am Netz bzw. im Bau befindlich sind. Ihr Anteil an der Elektrizitätserzeugung beträgt 1,4% und soll bis zum Jahr 2020 auf 4% erhöht werden. (XNA, 21.7.04; AWSJ, 21.7.04) -schü-

bzw. 2008 erhofft worden war, bis auf Weiteres aufzuschieben (zu dieser politisch wie juristisch höchst umstrittenen Entscheidung vgl. C.a., 2004/4, Ü 26; 2004/5, Ü 29, sowie den ausführlichen Beitrag von Björn Ahl im hinteren Teil dieses Heftes). Dieser Eingriff der chinesischen Führung, der die weitere Demokratisierung des politischen Systems Hongkongs mit zahlreichen Fragezeichen versehen hat, wurde in diesem Jahr zum Gegenstand heftiger Kritik. Waren die politischen Forderungen des Vorjahrs noch stark von Sorgen um die sozioökonomische Situation der SVR durchmischt, so scheinen die Massenproteste in diesem Jahr bei der großen Mehrzahl der Demonstranten von einem genuinen Wunsch nach Demokratisierung des politischen Systems getragen worden zu sein. Entsprechend lautstark traten bei der von demokratischen Aktivistengruppen angeführten, mehrere Kilometer langen Parade durch das Zentrum Hongkongs Parolen wie „Gebt die Macht dem Volk zurück!“ oder „Schluss mit der Einparteiendiktatur!“ in den Vordergrund. Unentschieden war dabei, ob sich die Proteste stärker gegen die Regierung der SVR oder gegen die Zentralregierung in Beijing richteten. Im Unterschied zum Vorjahr, als viele Demonstranten schwarz gekleidet erschienen, um ihrer Trauer und Empörung über die aussichtslose ökonomische und politische Lage in Hongkong Ausdruck zu geben, hatten die Organisatoren der Proteste diesmal weiße Kleidung empfohlen, um damit Hoffnung auf eine „hellere“ politische Zukunft in der SVR zu signalisieren (und vielleicht auch, um die glühende Hitze in den Straßen des Stadtzentrums erträglicher zu machen).

SVR Hongkong

25 „Gebt die Macht dem Volk zurück!“ – Neuerliche Massenproteste zum 1. Juli

Von vielen Akteuren mit großer Spannung erwartet, war der 1. Juli, der siebte Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an die VR China, zum zweiten Mal in Folge Anlass für Massenproteste in der Sonderverwaltungsregion.

Im Vorjahr waren die Hongkonger Regierung ebenso wie die chinesische Zentralregierung in Beijing von einem Protestmarsch von über einer halben Million Menschen überrascht worden, nachdem Hongkonger Meinungsforschungsinstitute eine Beteiligung von 30.000 bis 50.000 Demonstranten vorausgesagt hatten. Damals wurden eine schwere wirtschaftliche Depression sowie die Pläne der Regierung zur Einführung einer Antisubversionsgesetzgebung gemäß Artikel 23 des *Basic Law* für die enorme Protestbereitschaft der Hongkonger Bevölkerung verantwortlich gemacht (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29). Beide Faktoren spielten in diesem Jahr keine Rolle mehr – die Hongkonger Wirtschaft hat sich nicht zuletzt dank kräftiger Touristenströme und umfänglicher Investitionen aus dem Festland erholt, und die Entwürfe für ein Antisubversionsgesetz wurden von der Regierung angesichts des großen Drucks der Straße vorläufig zurückgenommen.

An ihre Stelle war diesmal ein neuer Faktor als auslösendes Moment für die Massenproteste getreten, nämlich die in Gestalt einer Auslegung des *Basic Law* vorgenommene Entscheidung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses vom April d.J., allgemeine und direkte Wahlen zum Regierungschef und zum Parlament der SVR, die vom demokratischen Lager bereits für die Jahre 2007

Zahlenpsychologie breitgemacht, wonach die Regierung im Fall einer Beteiligung von nur 100.000 „den Göttern danken“ und auch noch bei 200.000 Teilnehmern als „Gewinner“ betrachtet werden sollte. Bei einer Zahl zwischen 200.000 und 300.000 würde die Öffentlichkeit von einer „Patt“-Situation ausgehen, während eine Beteiligung von mehr als 300.000 Menschen einen „Sieg“ des demokratischen Lagers signalisieren würde. Ein Überschreiten der magischen Marke von 500.000, die durch die Proteste des Vorjahrs gesetzt worden war, schien nur in den heimlichen Träumen demokratischer Aktivisten denkbar.

Die Schätzungen der faktischen Beteiligung an dem Protestmarsch durch verschiedene Beteiligte und Beobachter spiegelte diese Zahlenpsychologie getreulich wider: Je nach politischem Standpunkt kamen sie zu äußerst unterschiedlichen Ergebnissen. So platzierte ein Vertreter des regierungsnahe Social Sciences Research Centre der Hong Kong University die Zahl der Protestierenden innerhalb einer Marge zwischen 105.000 und 120.000, „am wahrscheinlichsten 120.000“; die Beijing-freundliche Zeitung *Ta Kung Pao* bezifferte die Protestbeteiligung mit 160.000; Statistiker und Meinungsforscher der Chinese University of Hong Kong kamen auf eine Zahl zwischen 180.000 und 210.000 und stimmten damit mit den Angaben der Hongkonger Polizei überein, die bei 200.000 lag; mit 530.000 deutlich höher fiel schließlich die Schätzung der prodemokratischen Aktivistengruppe Civil Human Rights Front (CHRF) aus, die die Protestaktion maßgeblich organisiert hatte. Eine ähnlich hohe Beteiligung wurde etwa auch von Michael DeGolyer beobachtet, dem langjährigen „Hong Kong watcher“ und Direktor des Hong Kong Transition Project, der mindestens 450.000 Teilnehmern errechnete. Für eine relativ hohe Beteiligung könnte die Tatsache sprechen, dass der Protestmarsch angesichts einer bereits prognostizierten hohen Teilnehmerzahl sowohl von Seiten der Organisatoren als auch der Hongkonger Polizei sehr gut vorbereitet worden war. Anders als im Vorjahr, als durch das unerwartete Gedränge zahlreiche Staus und Verzögerungen entstanden waren, war der „Durchfluss“ an Demonstranten vom

Im Dunkeln dürfte allerdings bleiben, wie viele Menschen sich in den Nachmittagsstunden des 1. Juli tatsächlich an dem Protestmarsch beteiligt haben. Noch nie war die Schwankungsbreite der Schätzungen zur Beteiligung an Demonstrationen in Hongkong so hoch wie bei diesem Ereignis. Im Vorfeld des 1. Juli hatten sich die Prognosen verschiedener Think Tanks, akademischer Forschungsinstitute und der Polizei bei einer Zahl von rund 300.000 Teilnehmern eingependelt. In der öffentlichen Meinung hatte sich dementsprechend eine allgemeine

Start- (Victoria-Park) bis zum Zielpunkt (Liaison-Büro der chinesischen Zentralregierung) in diesem Jahr sehr hoch, da der Marsch ohne Hindernisse vonstatten ging. In gewisser Ironie könnte sich die Sichtbarkeit der Demonstration im Straßenbild gerade durch die perfekte Organisation des Marsches damit im Vergleich zu den Massenprotesten vor einem Jahr tendenziell verringert haben.

In jedem Fall wurden die Proteste von allen relevanten politischen Akteuren als hinreichend signifikantes Ereignis gewertet, um daraus ihre taktischen Schlüsse zu ziehen. Die chinesische Führung in Beijing verhielt sich in mehrfacher Hinsicht bewusst zurückhaltend. Nachdem Zeng Qinghong, Leiter der ZK-Führungsgruppe zur Koordination der Hongkong- und Taiwanpolitik der parteistaatlichen Führung, bereits im Vorfeld in gemäßigttem Tonfall eventuelle Demonstrationen zum 1. Juli öffentlich als statthaft bezeichnet hatte, solange sie die Stabilität der SVR nicht gefährdeten, berichtete die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua noch am 1. Juli von Protesten „einiger weniger Hongkonger Bürger“, ohne diese im Weiteren negativ zu bewerten. Zurückhaltung in einem anderen Wortsinn übte die Beijinger Führung aber zugleich, indem sie auf eine Entsendung offizieller Repräsentanten zur Feier des Jahrestags des Souveränitätswechsels nach Hongkong wohlweislich verzichtete. Im Vorjahr hatte der bei den Feierlichkeiten anwesende Ministerpräsident Wen Jiabao einen empfindlichen politischen Gesichtsverlust hinnehmen müssen, als am selben Tag die Massenproteste das Stadtzentrum lahmlegten. Notgedrungen zurückhaltend verhielten sich auch festländische Touristen in Hongkong, nachdem die Zahl der Reisegruppen aus der VR durch behördlichen Erlass von sonst durchschnittlich 500 Gruppen pro Tag zwischen dem 30. Juni und dem 3. Juli auf 50 gesenkt worden war. Offenbar wollte man den unmittelbaren Anblick friedlicher Massenproteste im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung auf dem Festland nicht allzu manifest werden lassen.

Das demokratische Lager in Hongkong verbuchte die Massenproteste wie zu erwarten als großen Erfolg, reagierte darauf aber weniger triumphierend

als vielmehr versöhnlich-konstruktiv. Mit wiederholten Signalen ihrer Kooperationsbereitschaft an die Adresse der chinesischen Führung setzten sie den konzilianten Kurs fort, den einige prodemokratische Vertreter bereits seit Mai eingeschlagen hatten (vgl. C.a., 2004/6, Ü 26). Beijing reagierte darauf durchaus wohlwollend, indem sie einigen Aktivisten, denen Besuche auf dem Festland bislang verweigert worden war, eine Einreiseerlaubnis in Aussicht stellte. Auch erhielten verschiedene prominente Demokraten überraschend Einladungen zu einer Militärparade anlässlich des 77-jährigen Bestehens der chinesischen Volksbefreiungsarmee am 1. August, die einige von ihnen, darunter Yeung Sum, der Vorsitzende der Demokratischen Partei, geehrt annahm. Auch gegenüber Tung Chee-hwa signalisierten demokratische Vertreter wiederholt ihre Dialogbereitschaft. Mit der Begründung, dass die hohe Protestbeteiligung eine „neue Situation“ geschaffen habe, forderten demokratische Abgeordnete der Legislativversammlung Tung auf, den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses durch einen neuerlichen förmlichen Bericht über die politische Lage in der SVR zu informieren und damit zu einer Rücknahme seiner Entscheidung vom April gegen allgemeine Volkswahlen zu bewegen.

Auch Tung Chee-hwa wählte einen konzilianten Ton und setzte damit die defensive Taktik fort, die er seit den Interventionen der Beijinger Führung in den vergangenen Monaten gepflegt hatte. So räumte er bei seiner Ansprache zu den Feierlichkeiten des 1. Juli vorsichtig Defizite bei der Umgestaltung des politischen Systems der SVR ein, ohne allerdings konkrete Verbesserungsmaßnahmen aufzuzeigen. Vor allem aber versuchte er, einer weiteren Polarisierung der Hongkonger Gesellschaft vorzubeugen, indem er die Gesprächsangebote der Demokraten positiv aufnahm. Bereits eine knappe Woche nach den Protesten traf er sich mit zwanzig demokratischen Abgeordneten der Legislativversammlung und empfing in den Folgetagen außerdem weitere prodemokratische Vertreter, damit diese sich nicht übergangen fühlen konnten. Offenbar waren diese kooperativen Gesten darauf ausgerichtet, regierungskritischen

Stimmen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Inhaltlich jedoch reagierte er auf die konkreten Forderungen des demokratischen Lagers nach einer erneuten Aufnahme des Gesprächs mit der Beijinger Führung über eine frühzeitige Durchführung allgemeiner Volkswahlen abschlägig. Wie er sich gegenüber den geladenen Abgeordneten der Legislativversammlung ausdrückte, verfüge er nicht über „die Autorität“, wie gefordert die Zentralregierung durch einen neuerlichen Bericht zu einer Rücknahme ihrer Entscheidung aufzufordern. Diese habe die Botschaft der Demonstranten durchaus verstanden, werde ihre Entscheidung vom April deshalb aber keineswegs revidieren. Gemäß Artikel 45 des *Basic Law*, so begründete er sein Verhalten wenige Tage später in einer Anhörung im Parlament, sei seine Aufgabe als Regierungschef, für eine ordnungsgemäße Durchführung der Politik der Zentralregierung in Hongkong zu sorgen. Dagegen stehe es nicht in der ihm zugewiesenen Macht, Entscheidungen des Nationalen Volkskongresses zu hinterfragen.

Eine substantielle Annäherung zwischen Regierung und Opposition lässt sich damit zwar kaum konstatieren – bemerkenswert ist dennoch das symmetrische Interesse beider Seiten an kooperativen Gesten und dem Abbau von Spannungen. Dass dabei alle in taktischer Antizipation der Wahlen zur Legislativversammlung im September d.J. handeln, liegt auf der Hand. Nachhaltigere strategische Kooperationseffekte der jüngsten Annäherung zwischen den politischen Lagern wären nur dann zu erwarten, wenn die Regierung der SVR sich unter dem Druck der Straße dazu bewegen ließe, die bestehende Kluft zwischen Exekutive und Legislative zu überwinden und die in der Legislativversammlung konzentrierten demokratische Kräfte zukünftig verstärkt in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dies würde allerdings ein Placet der Beijinger Führung voraussetzen, deren strategisches Interesse jenseits wahltaktischer Überlegungen anlässlich der September-Wahlen eher in einer fortgesetzten „Domestizierung“ der Hongkonger Demokraten liegen dürfte. (XNA, 1., 2., 10., 14.7.04; Xinhua, 1., 2.7.04, nach BBC PF, 2.7.04; CD, 8.7.04; *Hong Kong*

Special Administrative Region government web site, 1.7.04; SCMP, 14., 17., 30.6., 1., 2., 5., 7., 8., 9., 10., 13., 14.7.04; WSJ, 27., 30.6., 1., 2., 3., 5., 7., 12., 21., 22.7.04; *The Standard*, 9.6., 1., 3., 8.7.04; DGB, 2.7.04, nach BBC PF, 6.7.04; RTHK, Radio 3, 1., 13.7.04, nach BBC PF, 2., 14.7.04; IHT, 30.6., 1., 2., 7.7.04; FT, 1., 3./4.7.04; FAZ, 1., 2.7.04; NZZ, 2.7.04; ST, 30.6., 1., 2., 3., 15., 17., 22.7.04; TT, 26.6.04) -hol-

26 Gesundheitsminister wegen unzureichender Bekämpfung von SARS zurückgetreten

Am 7. Juli gab der Hongkonger Minister für Gesundheit, öffentliche Wohlfahrt und Ernährung, Dr. Yeoh Eng-kiong, seinen Rücktritt bekannt. Grund war ein zwei Tage zuvor veröffentlichter 434-seitiger Untersuchungsbericht, in dem ihm schwere Fehler und Versäumnisse bei dem Umgang mit der SARS-Krise Anfang 2003 vorgeworfen wurden. Er war damit der dritte Minister der Regierung von Ministerpräsident Tung Chee-hwa, der seit Einführung des neuen Ministerialsystems vor zwei Jahren sein Amt aufgeben musste.

Der genannte Untersuchungsbericht ist bereits der dritte zur SARS-Krise, in deren Verlauf sich Anfang 2003 1.755 Hongkonger infiziert hatten und 299 gestorben waren. Nachdem auch der zweite Bericht einer internationalen Expertengruppe, die Tung im Mai 2003 eingesetzt hatte, keine Beurteilung individueller Verantwortung der zuständigen Beamten vorgenommen hatte (vgl. C.a., 2003/10, Ü 28), hatte das Hongkonger Parlament (Legislative Council) selbst einen weiteren Bericht in Auftrag gegeben. Dieser wurde von einem eigens eingesetzten Untersuchungsausschuss nach achtmonatiger Arbeit am 5. Juli vorgestellt.

In dem Bericht (Text unter www.legco.gov.hk/yr03-04/english/sc/sc_sars/reports/sars_rpt.htm) wird die Arbeit von vier Spitzenbeamten der Hongkonger Gesundheitsbehörden ausdrücklich als „nicht zufrieden stellend“ kritisiert. Dr. Yeoh wird vorgeworfen, nach dem Auftreten der unbekanntes Krankheit in Guangdong nicht achtsam genug gewesen

zu sein und auch nach dem Übergreifen auf Hongkong die Öffentlichkeit verwirrt und fehlinformiert zu haben; er habe versucht, die Schwere der Epidemie zu vertuschen, und seine Aufsichtspflicht verletzt. Zu langsam und inadäquat sei auch die Arbeit von Dr. Margaret Chan, der früheren Gesundheitsdirektorin, von Dr. Leong Che-hung, dem Vorsitzenden der Hospital Authority, sowie von deren Geschäftsführer Dr. William Ho gewesen. Gelobt wird dagegen das Wirken des Regierungschefs. Dieser sei wegen des Ausbruchs der Krankheit sehr besorgt und auch bereit gewesen, drastische Maßnahmen zu ihrer Eindämmung zu ergreifen. So habe er dafür gesorgt, die Familienmitglieder der Erkrankten unter Quarantäne zu stellen. Auch habe er die Bekämpfung von SARS zur Priorität der Regierung erklärt und im Interesse der öffentlichen Gesundheit sogar die Wirtschaft zeitweilig an zweite Stelle gesetzt. Insgesamt habe er die Direktive ausgegeben, übervorsichtig und auf den schlechtesten Fall vorbereitet zu sein. Personelle Konsequenzen werden in dem Bericht allerdings nicht gefordert und auf Nachfrage erklärte sich der Leiter des Komitees in dieser Hinsicht auch nicht für zuständig. Auffällig ist weiterhin, dass keinerlei Kritik an der VR China geübt wird, der im zweiten Bericht noch das Zurückhalten von Informationen vorgeworfen wurde.

In ihren ersten öffentlichen Reaktionen entschuldigten sich alle namentlich Genannten vielmals bei den Erkrankten und den Angehörigen der Verstorbenen (Dr. Chan per Fax, da sie inzwischen bei der WHO tätig ist) und die Regierung versprach noch am gleichen Tag auf einer Pressekonferenz eine sorgfältige Prüfung des Berichts, um das Gesundheitssystem Hongkongs weiter zu verbessern. Dr. Yeoh übernahm als Minister die volle Verantwortung für die Fehler, sah aber keinen Grund für einen Rücktritt.

Die Situation änderte sich am nächsten Tag mit den Berichten in den Medien und beginnenden Demonstrationen von Betroffenen. Nachdem auch drei Hongkonger Parteien – die oppositionellen Demokraten ebenso wie die Liberalen und die Beijing-freundliche Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) – unter Hinweis auf das von Tung eingeführ-

te Verantwortlichkeitssystem Yeohs Rücktritt bzw. seine Entlassung gefordert hatten, vollzog dieser am Mittwoch Morgen diesen Schritt, den er gemeinsam mit Tung am selben Abend in einer fünfminütigen Pressekonferenz – verbunden mit einem Dank, der Hongkonger Bevölkerung über 33 Jahre gedient haben zu dürfen – bekannt gab. Tung sowie weitere führende Politiker Hongkongs und des Festlandes lobten ihn für seine Reformen im Gesundheitswesen. Der Regierungschef hob weiter hervor, dass die vorhergehenden Berichte keine Kritik an seinem Handeln geübt hatten; daher habe er einen Rücktritt Yeohs im letzten Jahr auch nicht angenommen. Jetzt, so Tung, werde Yeoh noch drei weitere Monate im Amt bleiben, bis ein Nachfolger gefunden sei.

Die Kommentare zum Rücktritt Yeohs verweisen auf die im September anstehenden Parlamentswahlen. Mit Yeoh sei ein unbeliebter Politiker zum politischen Opferlamm gemacht worden und die Entscheidung sei Tung von der Öffentlichkeit aufgezwungen worden. Die Regierung sei damit aber geschwächt und es sei fraglich, ob sich jemand bereit finden werde, in die Nachfolge einzutreten. Das *Wall Street Journal* vermutet sogar, dass Tung noch weitere unbeliebte Minister wird opfern müssen, um die Wähler von seinen eigenen Schwächen und Fehlern abzulenken.

Nach außen hin allerdings zeigen sich die betroffenen Institutionen keineswegs schwach. So veröffentlichte das Gesundheitsministerium seine Version der Ereignisse auf seiner Homepage (www.info.gov.hk/dh/SARSreport/eng/cn.pdf) und unter dem Krankenhauspersonal wurden Unterschriften für ein Statement zugunsten der Kritisierten gesammelt – wobei die Initiatoren allerdings im Dunkeln blieben. Noch uneinsichtiger als das Ministerium zeigte sich das 25-köpfige Board der Hospital Authority. Nachdem zunächst alle geschlossen zusammen mit dem Vorsitzenden Dr. Leong zurücktreten wollten, da sie die Kritik an ihrer Arbeit nicht akzeptieren, warnen sie dann nach Leongs Rücktritt vor einer ernsthaften Bedrohung des Hongkonger Gesundheitswesens. Allerdings sah auch der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Law Chi-kwong fatale Auswirkungen der

Rücktritte auf die Moral des Gesundheitspersonals.

Wenig Beachtung fanden angesichts der politischen Auswirkungen des Berichts dessen Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitssystems. Ein Sprecher der WHO nannte diese eine unschätzbare Hilfe für die Bekämpfung künftiger Ausbrüche der Krankheit. Und ein Mitglied der 11-köpfigen Expertengruppe, die im Oktober ihren Bericht vorgelegt hatte, betonte, dass beide Berichte einander verstärkten und Hongkong für die Zukunft besser vorbereiten würden. (WSJ, 4., 6., 7., 9.7.04; IHT, 5.7.04; XNA, 5., 7., 9.7.04; ST, 6., 8.7.04; SCMP, 6., 7., 8., 12., 13.7.04; RTHK Radio, 7.7.04, nach BBC PF, 8.7.04, 10.7.04, nach BBC PF, 11.7.04) -gs-

27 Katholische Kirche droht mit Klage gegen Schulgesetz

Nach zwei Tagen Debatte wurde am 8. Juli das „Education (Amendment) Bill 2002“ vom Hongkonger Parlament mit 29:21 Stimmen angenommen. Es wird am 1.1.2005 in Kraft treten. Für das Gesetz stimmten die Unterstützer der Regierung (darunter die Abgeordneten der Liberalen), dagegen die Mitglieder des demokratischen Lagers. Der Verabschiedung vorausgegangen waren zuletzt zweitägige Proteste vor allem seitens der katholischen Kirche, die mit Kerzendemonstrationen und Gebeten auf das „Wunder“ einer Ablehnung hoffte. Bischof Joseph Zen, das katholische Kirchenoberhaupt Hongkongs, drohte darüber hinaus mit einer Verfassungsklage.

Das Gesetz sieht vor, dass alle privaten Schulen, die öffentliche Mittel erhalten, ein inkorporiertes Schulmanagementkomitee (IMC oder SMC) bilden, in dem auch Lehrer, Eltern, Gemeindevertreter und ehemalige Schüler vertreten sind und das für Fragen der Schulpolitik, der strategischen Planung, der Personalverwaltung, der Finanzen und der Eigenevaluierung zuständig ist. Damit soll die Verwaltung der Schulen verbessert und transparenter werden und die öffentlichen Gelder sollen durch Beteiligung der *stakeholder* verantwortlicher verwendet werden. Jedes Jahr erhält jede unterstützte private Grundschule 22

Mio. HK\$ und jede Sekundarschule 38 Mio. HK\$ von der Regierung.

Die Opposition beklagt nun, dass mit dem Gesetz die Rechte der Sponsoren (der *school sponsoring bodies*, SSB) eingeschränkt werden; diese würden umgangen werden, da die IMC der Regierung direkt verantwortlich seien. Das aber sei nur der erste Schritt zu einer direkten Kontrolle der Regierung über die Schulverwaltung. Da das *Basic Law* als das Grundgesetz Hongkongs in Artikel 141 vorsieht, dass religiöse Organisationen Schulen wie bisher führen könnten, stelle das neue Gesetz einen eindeutigen Verstoß gegen das Recht auf religiöse Freiheit dar. Ihr Einfluss über die Ernennung des Schulleiters sei nicht mehr in vollem Maße gegeben.

Die Regierung hält diese Vorwürfe für „absolut unbegründet“. Die Rechte der religiösen Gruppen seien in keiner Weise eingeschränkt. Die SSB können 60% der IMC-Mitglieder ernennen. Allerdings würden die SSB ihre absolute Macht über die Schulen zugunsten von Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit verlieren, zumal die IMC juristische Personen seien, die bisherigen von den SSB benannten Schulkomitees aber nicht. Angesichts der Bedeutung von Schulen im Bildungssystem sei es allerdings notwendig, deren Verwaltung auf eine klare rechtliche Basis zu stellen.

Das Gesetz ist eine logische Konsequenz der Bildungspolitik der Hongkonger Regierungen, die seit Anfang der 1990er-Jahre Dezentralisierung der Schulverwaltung und Einbeziehung der *stakeholder* anstrebt. Seit 1991 wird das sog. schulbasierte Management (SBM) gefördert; dabei waren die Schulen zunächst zur freiwilligen Teilnahme aufgefordert, wie der Bericht eines „Bill Committee on Education (Amendment) Bill 2002“ hervorhebt (Text unter www.legco.gov.hk/yr02-03/english/bc/bc54/reports/bc54cb2-rpt-2967e.pdf).

30% der Schulen (334) sollen sich im Laufe von 10 Jahren an dem neuen Managementprojekt beteiligt haben, von denen allerdings nur 65 auch Lehrer und Eltern mit einbezogen. Ein Advisory Committee on School-based Management (ACSBM) fasste dann 1998 die Erfahrungen zusammen und entwarf die Grundlagen für das Ge-

setz, das im Februar 2000 zur zwei-monatigen Konsultation veröffentlicht wurde. Der revidierte Entwurf wurde 2002 auf den Gesetzesweg gebracht und das Bill Committee eingerichtet. Im April 2003 hatten 17% bzw. 22% der Schulen auch Eltern und Alumni bzw. Lehrer in ihren Managementkomitees. Die freiwillige Übernahme der Bestimmungen erfolgte demnach sehr langsam.

Protestantische und katholische Schulen wurden erstmals in den 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts gegründet, da die staatlichen Erziehungsprogramme die Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen konnten. Später ging man dann zu einer Ko-Finanzierung über. Die katholische Kirche unterhält heute in Hongkong ca. 320 Schulen; zusammen mit den anderen Religionsgemeinschaften betreiben sie über 40% aller Schulen im Primar- und Sekundarbereich. Diese sollen zu den besten in Hongkong gehören. Im Vergleich zu ihrem Einfluss in der Gesellschaft sind die Religionsgemeinschaften damit im Bildungsbereich weit stärker vertreten, denn von den 7 Mio. Hongkongern gehören nur 500.000 den christlichen Kirchen an.

Inwieweit das Gesetz von den christlichen Kirchen umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Eine der anglikanischen Kirche angehörende Gruppe erklärte bereits, sie werde nichts verändern. Und Bischof Zen droht damit, Schulen zu schließen, sollte man die Kontrolle über sie verlieren. (www.asianews.it, 6., 8.7.04; WSJ, 6.7.04; SCMP, 7., 8.7.04; ST, 10.7.04) -gs-

28 Hongkongs setzt auf Rolle als Intermediär in der Pan-Pearl-River-Delta-Region

In der „Pan-Pearl-River-Delta-Region“, die neun festlandchinesische Provinzen (Guangdong, Fujian, Jiangxi, Guizhou, Guangxi, Sichuan, Yunnan, Hunan und Hainan) sowie Hongkong und Macao umfasst, will Hongkong eine Rolle als Intermediär bei der Zusammenarbeit mit dem Ausland einnehmen. In seiner Rede auf dem Pan-Pearl River Delta Regional Cooperation and Development Forum in Hongkong verglich Tung Chee-Hwa die Region mit den zehn ASEAN-Ländern hinsichtlich Bevöl-

kerung, Größe der Wirtschaft, Außenhandelsvolumen und ausländischen Direktinvestitionen. Die Region biete ein reichhaltiges Angebot an Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen, verfüge über Kapital und viele Talente, biete einen riesigen Inlandsmarkt und ein extensives internationales Netzwerk. Im letzten Jahr habe sich das gemeinsame BIP der Region auf 630 Mrd. US\$ belaufen, was einen Anteil von 40% des gesamten chinesischen Sozialprodukts ausmacht. Bis zum Jahr 2010 könnte das BIP Schätzungen zufolge ein Niveau von rd. 1 Billion US\$ erreichen und auf weitere 2 Billionen US\$ im Jahr 2020 steigen.

In seiner Rede ging Tung auch auf die besondere Bedeutung der Nachbarprovinz Guangdong ein. Guangdong sei wirtschaftlich die wichtigste Provinz auf dem Festland. Als Initiator und Architekt der Pan-Pearl-River-Delta-Region werde die Provinz eine führende Rolle in der Zusammenarbeit der Provinzen übernehmen. Guangdong, so Tung, sei hierfür aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke bestens geeignet. Voraussetzung für den Erfolg der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Region ist Tung zufolge der Aufbau eines einheitlichen und offenen marktwirtschaftlichen Systems. Allerdings müsse der Aufbau der regionalen Infrastruktur stärker abgestimmt werden. Gleichzeitig müssten die Barrieren abgebaut werden, die den freien Fluss von Kapital und Arbeitskräften behinderten.

Hongkong, so Tung in seiner Rede, spiele in der Region bereits eine wichtige Rolle. Ende 2003 haben nach Angaben von Tung bereits 120.000 Hongkonger Unternehmen in den neun Provinzen auf dem Festland Investitionen in Höhe von rd. 150 Mrd. US\$ durchgeführt, mehr als die Hälfte des gesamten Zuflusses von Auslandskapital nach China. Als treibende Kräfte dieser Entwicklung nennt Tung die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen auf dem Festland und in Hongkong. Während die neun festlandchinesischen Provinzen wichtige Produktionsbasen und Konsumgütermärkte seien, hätte Hongkong Vorteile in den Bereichen Kapitalausstattung, Finanzierung, Informationen, Dienstleistungen, Marketing, etc. Hongkong biete sich deshalb an, als Intermediär der externen wirtschaftlichen Zusammen-

arbeit aufzutreten, der die Pan-Pearl-River-Delta-Region mit dem Rest der Welt verbinde. Hierdurch könnte die Öffnung und zukünftige Entwicklung der Region erleichtert werden. (CE's keynote speech at Pan-PRD Regional Co-operation and Development Forum, <http://www.info.gov.hk/gia/general/20040601/0601252.htm>)

Nach einem Bericht der *South China Morning Post* (SCMP) vom 1.6.04 soll Tung Chee-Hwa Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao sowie den Guangdonger Parteisekretär Zhang Dejiang darum gebeten haben, Hongkong eine bedeutende Rolle in der Realisierung des Pan-Pearl-River-Deltakonzepts einzuräumen. Zhang hatte dieses Konzept bereits im September 2003 vorgestellt und wird von der SCMP mit folgendem Wortlaut zitiert: „Hong Kong will definitely play a more important role in the Pan-Pearl River Delta region and in China's modernisation progress“.

Auf einem Symposium mit dem Titel „PPRD Opportunities“ Mitte Juli d.J. hob auch Donald Tsang, Chief Secretary of Administration, die besonderen Chancen hervor, die sich Hongkong durch die Entwicklung der Region bieten. Ähnlich wie Tung wies Tsang dabei auf die besonderen Vorteile Hongkongs in den Bereichen Dienstleistungen, Informationen Finanzierung und Marketing hin. (BBC EF, 20.7.04)

Darauf, dass Hongkong durch die engere Zusammenarbeit mit dem chinesischen Festland im Rahmen des CEPA-Abkommens (Closer Economic Partnership Agreement) im ersten Halbjahr 2004 viele Vorteile hatte, wies Tung Chee-Hwa in seiner Rede vom 12.7.04 hin. So hätten über das Programm „Invest Hong Kong“ im Jahr 2003 bereits 142 ausländische und festlandchinesische Unternehmen in Hongkong investiert bzw. ihre Geschäftsbasis ausgebaut, ein Anstieg um 40% gegenüber dem Jahr 2002. Das Investitionsvolumen habe sich dabei auf rd. 2,5 Mrd. HK\$ belaufen. 2.450 Arbeitsplätze seien dadurch in Hongkong geschaffen worden. Nach Angaben von „Invest Hong Kong“ haben sich 20% der Investoren für Hongkong aufgrund des CEPA entschieden. (BEC PF, 13.7.04)

Insgesamt flossen im Jahr 2003 rd. 13,5 Mrd. US\$ in Form von Direktinvestitionen nach Hongkong, deutlich mehr als 2002 (9,7 Mrd. US\$). Festlandchina ist inzwischen der wichtigste Investor in Hongkong. Bis Ende 2002 belief sich der kumulierte Werte der Direktinvestitionen vom Festland auf 76 Mrd. US\$, ein Anteil von 23% am gesamten Volumen ausländischer Direktinvestitionen. Der Hauptteil der Investitionen entfällt auf handelsbezogene Bereiche wie Import und Export, Groß- und Außenhandel, Transport und Lagerhaltung sowie Banken, Versicherungen, Immobilien und Infrastruktur. -schü-

SVR Macau

29 Edmund Ho einziger Kandidat für das Amt des Regierungschefs

Bei der Wahl des Regierungschefs der SVR Macau am 29. August wird der jetzige Regierungschef Edmund Ho keine Konkurrenz haben. 297 Mitglieder des 300-köpfigen Wahlkomitees unterstützten seine Kandidatur. Dies berichtete Macaus aufgabenstärkste Zeitung *Ou Mun Yat Pou* (*Macau Daily News*), das halb-offizielle Sprachrohr Beijings, am 27. Juli. Die unabhängige *Va Kio Pou* (*Overseas Chinese Newspaper* mit der zweithöchsten Auflage) meldete 295 Befürworter. Da ein Kandidat mindestens 50 Fürsprecher im Wahlkomitee benötigt und jedes Mitglied nur eine Stimme hat, ist Edmund Ho mithin der einzige Kandidat. Er überreichte am 27. Juli dem Komitee für die Angelegenheiten der Wahl des Regierungschefs den versiegelten Umschlag mit den Fürstimmen. Bei der geheimen Wahl am 29. August wird Ho nach Meinung von Beobachtern fast 100% der Stimmen des Wahlkomitees erhalten. Bei seiner Wahl zum Regierungschef 1999 hatten 163 Mitglieder (= 82%) des damals 199-köpfigen Wahlkomitees für ihn gestimmt. Seinen Wahlkampf führt Edmund Ho vom 14. bis 27. August. (In dieser Zeit werden führende Regierungsmitglieder abwechselnd sein Amt übernehmen.)